

Norbert Wagner

Nach den Präsidentenwahlen ist die politische Richtungsentscheidung in Frankreich auf die Parlaments- wahlen vertagt

**Mit Präsidentenwahlen und
Parlamentswahlen fällt im
Frühjahr die politische
Richtungsentscheidung in
Frankreich für die nächsten
fünf Jahre. Der Erfolg von
Jean-Marie Le Pen im ersten
Wahlgang der Präsidenten-
wahlen hat ein politisches
Erdbeben ausgelöst. Der
zweite Wahlgang wurde zu
einem Referendum für die
Republik und gegen Le Pen.
Es ist zu hoffen, dass die
Politiker Lehren aus dieser
Protestwahl ziehen. Die
Parlamentswahlen im Juni
2002 werden darüber schon
einige erste Aufschlüsse
geben. Eine erneute Koha-
bitation wäre für Frankreich
eine Katastrophe, würde
wohl das Ende der V. Repu-
blik einläuten.**

Im Jahr 1995 hatte Jacques Chirac völlig überraschend seinen Konkurrenten aus dem eigenen politischen Lager, Edouard Balladur, überflügelt und die zweite Runde der Präsidentschaftswahlen erreicht. Diese zweite Runde gewann er dann gegen Lionel Jospin. Zentrales Thema der Wahlkampagne Chiracs war damals die *fracture sociale*. In der Assemblée Nationale verfügten die bürgerlichen Parteien über eine satte Mehrheit von rund 80 Prozent. Ohne Not löste Chirac nur zwei Jahre nach seinem Amtsantritt die Assemblée auf. Die vorgezogenen Neuwahlen im Juni 1997 bescherten Chirac eine dramatische Niederlage und Jospin, wohl auch zu dessen eigener Überraschung, die Regierungsmehrheit. Während fünf Jahren wird die französische Politik nun von dieser Kohabitation geprägt; sie ist dem Land nicht gut bekommen, wie selbst engste Vertraute von Premierminister Jospin (wie etwa sein Directeur de Cabinet Olivier Schrameck in seinem Buch *Matignon, rive gauche, 1997-2001*, Seuil, Paris 2001) freimütig bekennen.

Nun, nachdem die siebenjährige Amtszeit des Präsidenten Chirac und das fünfjährige Mandat der Assemblée Nationale abgelaufen sind, besteht die Chance, dass sich die französische Politik aus dieser von ihr selbst herbeigeführten *blocage* wieder befreit.

Die Präsidentenwahlen wurden auf den 21. April und den 5. Mai festgelegt. Erstmals wurde der neue Präsident für eine Amtszeit von nur noch fünf Jahren

gewählt. Die beiden Wahlgänge zur Assemblée Nationale fanden am 9. und am 16. Juni statt. Ursprünglich hätten die Parlamentswahlen vor den Präsidentenwahlen stattfinden sollen. Auf Initiative von Premierminister Jospin und unterstützt von François Bayrou und einem Teil seiner UDF wurde der „Wahlkalender“ umgedreht. Beide handelten in der Hoffnung, davon zu profitieren.

Diese beiden Wahlen des Frühjahrs 2002 entscheiden über die grundlegende politische Orientierung Frankreichs in den folgenden fünf Jahren.

Mit dem Ende der Weihnachtspause hatte die Vorphase des heißen Wahlkampfes begonnen. Von Anfang Januar also bis zum zweiten Wahltag der Parlamentswahlen Mitte Juni waren bzw. sind Wirtschafts-, Innen-, Europa-, und Außenpolitik Frankreichs vom Wahlkampf geprägt. Das Land befindet sich gewissermaßen in einem sechsmonatigen Dauerwahlkampf und Ausnahmezustand. Frankreich gönnt sich sechs Monate und insgesamt vier Wahlgänge, um die politische Richtungsentscheidung für die kommenden fünf Jahre zu fällen.

Mit dem Ende der Weihnachtspause hatte die Vorphase des heißen Wahlkampfes begonnen. Von Anfang Januar bis zum zweiten Wahltag der Parlamentswahlen Mitte Juni waren bzw. sind Wirtschafts-, Innen-, Europa-, und Außenpolitik Frankreichs vom Wahlkampf geprägt.

■ Französische Besonderheiten

Die Ausgangssituation war für beide politischen Lager nicht einfach. Zwar stand zuerst die Präsidentenwahl an und anschließend die Parlamentswahl, Zunächst zogen aber die Präsidentschaftswahlen die gesamte Aufmerksamkeit auf sich.

Bei ihnen kandidieren im ersten Wahlgang traditionell jeweils mehrere Kandidaten aus dem gleichen politischen Lager. Die Vielzahl der Kandidaten dient einerseits dazu, das politische Spektrum für den jeweils aussichtsreichsten Kandidaten eines politischen Lagers so weit wie möglich zu erweitern. Manche Kandidaturen werden auch lanciert, um gegnerische Kandidaten zu stören. Andererseits führt dies aber auch dazu, dass das jeweilige politische Spektrum in kleinste Stücke zersplittert wird und dass der aussichtsreichste Kandidat aus dem ersten Wahlgang eher geschwächt als gestärkt hervorzugehen droht. Ironischerweise haben die beiden aussichtsreichsten Kandidaten, Chirac und Jospin, lange gezögert, ihre Kandidatur zu erklären. Jospin sprach noch gegen Ende des vergangenen Jahres von seiner *candidature probable* und machte sich damit zum Gespött der Me-

dien. Chirac wollte mit seiner offiziellen Ankündigung so lange wie möglich warten. Aber natürlich bestand zu keiner Zeit ein Zweifel, dass beide kandidieren würden.

Während die Präsidentenwahl, zumindest im ersten Wahlgang, dazu führt, die politischen Lager zu parzellieren, Unterschiede zwischen Gruppierungen des gleichen Lagers eher zu akzentuieren und die Auseinandersetzung zwischen den Kandidaten des gleichen Lagers zu fördern, muss dann im zweiten Wahlgang und vor allem auch bei den darauf folgenden Parlamentswahlen jedes Lager möglichst geeint sein. Vor allem bei den Parlamentswahlen zwingt das Wahlrecht zu möglichst großer Geschlossenheit der beiden großen politischen Lager. Es erfolgt Mehrheitswahl in zwei Durchgängen, wobei in den zweiten Wahlgang gelangt, wer im ersten 12,5 Prozent der Stimmen der stimmberechtigen Wähler erzielt hat. Es kommt infolgedessen auch vor, dass drei Kandidaten in den zweiten Wahlgang gelangen.

Da diesmal die Präsidentenwahlen und Parlamentswahlen nur fünf Wochen auseinander liegen, müssen die Wahlkämpfer versuchen, den Wählern zu vermitteln, dass das jeweilige politische Lager zunächst äußerst zersplittet und kurz darauf weitgehend geschlossen in den Wahlkampf geht.

■ Die Kandidaten

Jeder Kandidat bei den französischen Präsidentenwahlen muss beim Verfassungsrat mindestens 500 Unterschriften von Elus (d.h. Bürgermeistern, Generalräten, Regionalräten, Deputierten oder Senatoren) aus mehr als 30 Departements einreichen, die seine Kandidatur unterstützen. Die Frist zur Einreichung dieser 500 Unterschriften endete am 2. April um Mitternacht.

Jeder Kandidat bei den französischen Präsidentenwahlen muss beim Verfassungsrat mindestens 500 Unterschriften von Elus (d.h. Bürgermeistern, Generalräten, Regionalräten, Deputierten oder Senatoren) aus mehr als 30 Departements einreichen, die seine Kandidatur unterstützen. Die Frist zur Einreichung dieser 500 Unterschriften endete am 2. April um Mitternacht. In der Woche zuvor wurde die Wahlkampagne zu den Präsidentenwahlen vor allem von diesem Thema beherrscht. Wer schafft es bzw. schafft es nicht, die 500 Unterschriften beizubringen? Welche Vorteile haben die verschiedenen Kandidaten davon, wenn der eine oder andere Kandidat nicht zur Wahl zugelassen wird? Besonders die Kandidatur von Jean-Marie Le Pen war lange Zeit unsicher. Denn er behauptete, zu wenige Elus hätten sich bereit erklärt, ihn zu unterstützen. Le Pen beschuldigte insbesondere Jacques Chirac eines Komplotts, um seine Kandidatur

zu verhindern. Mit dieser Polemik beherrschte Le Pen während mehrerer Tage den Wahlkampf. Selbst der Kandidat der Kommunisten, Robert Hue, und der UDF-Kandidat François Bayrou unterstützten Le Pen. Seine Kandidatur dürfe nicht an den fehlenden Unterschriften scheitern.

Am Abend des 4. April veröffentlichte schließlich der Präsident des französischen Verfassungsrates die offizielle Liste der Kandidaten, die am 21. April bei der ersten Runde der Präsidentenwahlen teilnehmen durften. Damit war gewissermaßen der Präsidentenwahlkampf offiziell eröffnet.

16 Kandidaten nahmen diese erste Hürde. Noch nie zuvor hatten sich so viele Kandidaten bei den Präsidentenwahlen präsentiert. In den Jahren 1995 und 1988 waren es nur je neun Kandidaten, zehn im Jahr 1981 und sieben in den Jahren 1965 und 1969.

■ Am Abend des 4. April veröffentlichte der Präsident des französischen Verfassungsrates die offizielle Liste der Kandidaten, die am 21. April bei der ersten Runde der Präsidentenwahlen teilnehmen durften. Damit war gewissermaßen der Präsidentenwahlkampf offiziell eröffnet.

Bürgerliches Lager

- Jacques Chirac
- François Bayrou, Union pour la Démocratie Française (UDF)
- Alain Madelin, Démocratie Libérale (DL)
- Corinne Lepage, unabhängige Kandidatin, Chirac nahestehend
- Christine Boutin, UDF (Mitgliedschaft ruht zur Zeit)

Linke Regierungsmehrheit

- Lionel Jospin, Parti Socialiste (PS)
- Jean-Pierre Chevènement, Mouvement des Citoyens (MDC)
- Robert Hue, Parti Communiste Français (PCF)
- Noël Mamère, Verts
- Christiane Taubira, Parti Radical de Gauche (PRG)

Unabhängig

- Jean Saint-Josse, Chasse, Pêche, Nature et Traditions (CPNT)

Extreme Linke

- Arlette Laguiller, Lutte Ouvrière (LO)
- Olivier Besancenot, Ligue Communiste Révolutionnaire (LCR)
- Daniel Gluckstein, Parti des Travailleurs (PT)

Extreme Rechte

- Jean-Marie Le Pen, Front National (FN)
- Bruno Megrèt, Mouvement National Républicain (MNR)

■ In scharfem Kontrast zur großen Anzahl der Kandidaten stand das nur sehr geringe Interesse der französischen Wähler am Präsidentenwahlkampf. Rund zwei Wochen vor dem ersten Wahlgang hatte man noch nicht den Eindruck, dass der Wahlkampf richtig begonnen habe.

In scharfem Kontrast zur großen Anzahl der Kandidaten stand indes das bis zu diesem Zeitpunkt nur sehr geringe Interesse der französischen Wähler am Präsidentenwahlkampf. Rund zwei Wochen vor dem ersten Wahlgang hatte man noch nicht den Eindruck, dass der Wahlkampf richtig begonnen habe.

Charles Pasqua hatte die erste Hürde nicht geschafft. Wie er erklärte, konnte er die erforderlichen Unterschriften nicht beibringen. Vielleicht wollte er sich auch lediglich ein blamables Ergebnis im ersten Wahlgang ersparen, denn in den Umfragen rangierte er weit abgeschlagen.

Dagegen präsentierten sich vier kommunistische Kandidaten, Robert Hue und drei Kandidaten der extremen Linken – Trotzkisten – bei diesen Wahlen. (Auch Lionel Jospin ist übrigens einmal Mitglied einer trotzkistischen Zelle gewesen.)

■ Der Wahlkampf – Chirac nutzt die Schwäche der Regierung

Während man in der ausländischen Presse mitunter den Eindruck gewinnen konnte, Jacques Chirac sei wegen seiner angeblichen oder tatsächlichen Verstrickungen in Affären aus seiner Amtszeit als Bürgermeister von Paris und als Vorsitzender des RPR schon politisch am Ende, schien er in Frankreich populärer als noch vor einem Jahr. Die Affäre um die Finanzierung des RPR (Video-Kassette Méry) oder die Bezahlung seiner und seiner Familie Flugreisen mit Bargeld aus zweifelhafter Quelle konnten ihm nichts anhaben. Auch die Sozialisten und die Kommunisten profitierten von dem Finanzierungssystem, bei dem Auftragnehmer beim Bau und/oder der Renovierung von Wohnungen der Stadt Paris einen gewissen Prozentsatz in die Kassen der führenden Parteien einzahlen mussten.

Die Barzahlung für Flugreisen nahmen die Franzosen ihrem Präsidenten ebenfalls kaum übel bzw. sie interessierten sich nur begrenzt dafür. Zumaldest schadete die Affäre Präsident Chirac nicht. Zur gleichen

Zeit war außerdem Premierminister Jospin in Erklärungsnöten bezüglich der *fonds spéciaux*, Mittel in Höhe von rund 450 Millionen Francs, über welche der Premierminister nach Belieben verfügt, ohne dafür in irgendeiner Weise rechenschaftspflichtig zu sein.

Amtsbonus

Präsident Chirac hatte durch seine Reaktion auf die Terroranschläge in den USA zusätzlich an Ansehen gewonnen. In Situationen wie diesen kommt dem Staatspräsidenten eine besondere Rolle zu. Er stellte sich ohne Wenn und Aber solidarisch an die Seite der Amerikaner und verhielt sich damit so, wie es die überwiegende Mehrheit der Franzosen erwartete. Dagegen hörte Premierminister Jospin nicht auf, bei aller Solidarität mit den USA die Souveränität Frankreichs zu betonen, diskutierten Außenminister Hubert Védrine und Verteidigungsminister Alain Richard darüber, ob das Wort „Krieg“ nun angemessen sei oder nicht, und es war insgesamt zu spüren, dass der traditionelle französische antiamerikanische Reflex im linken politischen Lager sehr viel deutlicher hervortrat als im bürgerlichen Lager.

■ Präsident Chirac hatte durch seine Reaktion auf die Terroranschläge in den USA zusätzlich an Ansehen gewonnen. In Situationen wie diesen kommt dem Staatspräsidenten eine besondere Rolle zu. Er stellte sich ohne Wenn und Aber solidarisch an die Seite der Amerikaner und verhielt sich damit so, wie es die überwiegende Mehrheit der Franzosen erwartete.

Konkurrenten aus dem eigenen Lager

François Bayrou hatte schon Monate zuvor seine Kandidatur erklärt, mit dem Ziel, zum *troisième homme* zu werden, dem die Franzosen aus Überdruss über die altbekannten Kandidaten (Chirac und Jospin) den Vorzug geben würden. Bayrou konnte nicht ernsthaft hoffen, in den zweiten Wahlgang der Präsidentenwahlen zu gelangen. Er wollte jedoch mit seiner diesmaligen Kandidatur seine erneute Kandidatur in fünf Jahren vorbereiten. Hierzu brauchte er aber bei dieser Wahl ein überzeugende Ergebnis, d.h. zumindest neun Prozent, d.h. in etwa das Ergebnis, das seine UDF-Liste bei den Europawahlen im Jahre 1999 erzielt hatte. Abgesehen von seinen persönlichen Ambitionen blieben indes die politischen Schwerpunkte des Programms von Bayrou unklar.

Auch Alain Madelin hoffte darauf, dass sich Chirac doch stärker abnützen würde und dass sich damit einem anderen Kandidaten aus dem bürgerlichen Lager eine reelle Chance bieten würde. Bei realistischer Betrachtung hätte aber auch er zugegeben, dass die Aussichten hierfür äußerst gering waren und dass es

ihm letztlich darum ging, im ersten Wahlgang ein achtbares Ergebnis zu erzielen. Er wäre sicher mit acht bis neun Prozent sehr zufrieden gewesen. Denn dies hätte ihm die Möglichkeit eröffnet, das Amt des Premierministers zu fordern, ein Wahlsieg bei den anschließenden Parlamentswahlen vorausgesetzt. In seinem Wahlkampf setzte er vor allem auf das Thema Liberalisierung von Wirtschaft und Gesellschaft. Diese ist in Frankreich sicher noch mehr erforderlich als in den meisten seiner Nachbarländer.

Von Christine Boutin wurde behauptet, ihre Kandidatur sei letztlich aus dem Elysée lanciert, und zwar mit dem Ziel, die Kandidatur ihres Parteivorsitzenden Bayrou (UDF) zu torpedieren. Ihre wichtigste Wahlkampfbotschaft war „Stärkung der Familie“ und Rückbesinnung auf eine werteorientierte Politik.

Auch die Kandidatur von Corinne Lepage hatte vor allem taktische Bedeutung. Sie war Umweltministerin im Kabinett Juppé und sollte Wähler aus dem Umfeld der Grünen ins bürgerliche Lager abwerben.

Jospin in Schwierigkeiten

Noch vor weniger als einem Jahr hatte Premierminister Jospin in den Meinungsumfragen deutlich vor Präsident Chirac gelegen. Seitdem sah er sich mit immer wieder neuen politischen Schwierigkeiten konfrontiert, wodurch seine Wahlausichten erheblich beeinträchtigt wurden.

Noch vor weniger als einem Jahr hatte Premierminister Jospin in den Meinungsumfragen deutlich vor Präsident Chirac gelegen. Seitdem sah er sich mit immer wieder neuen politischen Schwierigkeiten konfrontiert, wodurch seine Wahlausichten erheblich beeinträchtigt wurden.

Wachsende Spannungen in der majorité plurielle

Noch immer war er ein populärer Politiker. Aber seine Chance, Chirac bei den Präsidentschaftswahlen zu schlagen, waren erheblich geringer geworden. Nach über vier Jahren Regierungszeit nahmen die Spannungen innerhalb seiner *majorité plurielle* immer stärker zu. Sein Kabinett hatte er mehrfach umbilden müssen. Erst verabschiedete sich Martine Aubry nach Lille, um dort Bürgermeisterin zu werden, und hinterließ im Arbeits- und Sozialministerium eine gescheiterte Politik, insbesondere bezüglich der zwangsweisen Einführung der 35-Stunden-Woche. Jean-Pierre Chevènement wollte das Autonomie-Statut für Korsika nicht vertreten und trat zurück. Die Kommunalwahlen im Frühjahr 2001 gerieten zu einer veritablen Niederlage für die linke Regierungsmehrheit, allerdings mit dem Trostpflaster, dass Paris und Lyon, be-

günstigt durch internen Streit im bürgerlichen Lager, gewonnen werden konnten. Ansonsten bestätigten die Kommunalwahlen, dass die bürgerlichen Parteien in Frankreich über eine deutliche Mehrheit verfügen.

„Matignon-Prozess“ gescheitert

Der „Matignon-Prozess“ zur Gewährung größerer Autonomie für Korsika war nach immer neuen Schwierigkeiten, und nachdem der Verfassungsrat Mitte Januar 2002 die zentralen Elemente des Statuts für nicht verfassungsgemäß erklärt hatte, völlig gescheitert. Keine Frage, wem das Scheitern des „Matignon-Prozesses“ angelastet wurde.

Morose Stimmung in der Wirtschaft

Die wirtschaftlichen Aussichten hatten sich auch in Frankreich verdüstert. Die Arbeitslosigkeit nahm nicht ab. Das Wirtschaftswachstum wurde schwächer. All dies wurde natürlich zuerst der Regierung angekreidet, nicht dem Präsidenten, der zudem die Regierung immer wieder ermahnt und zu einer mutigeren Politik aufgefordert hatte und dadurch den Druck auf Jospin und seine Regierung zusätzlich erhöhte.

Es häuften sich die Streiks im Transportsektor, im Gesundheits- und im Bildungswesen und dann sogar bei der Polizei. Denn die Gewerkschaften wussten, dass Jospin kurz vor diesen beiden wichtigen Wahlen besonders leicht erpressbar sein würde. Jedes Zugeständnis an eine Gewerkschaft weckte natürlich die Begehrlichkeit der nächsten.

35-Stunden-Woche ein Flop

Nicht einmal das Herzstück der Wahlversprechen Jospins im Wahlkampf 1997, die zwangsweise Einführung der 35-Stunden-Woche, eignete sich noch als Vorzeigemodell. Die Wirtschaft stöhnt unter der Last dieses Zwangs. Die Beschäftigten beklagen Lohneinbußen, die damit verbunden sind. Und schließlich lehnte auch noch der Verfassungsrat die Subventionierung der 35-Stunden-Woche durch einen dreisten Griff in die Sozialkassen als verfassungswidrig ab. Die Regierung behauptete zwar, dies stelle die Finanzierung der 35-Stunden-Woche nicht in Frage. Wo das Geld aber herkommen solle, blieb offen.

Ebenfalls vom Verfassungsrat gestoppt wurde ein Gesetz mit der schönfärbischen Bezeichnung „Ge-

■ Nicht einmal das Herzstück der Wahlversprechen Jospins im Wahlkampf 1997, die zwangsweise Einführung der 35-Stunden-Woche, eignete sich noch als Vorzeigemodell. Die Wirtschaft stöhnt unter der Last dieses Zwangs. Die Beschäftigten beklagen Lohneinbußen, die damit verbunden sind. Und schließlich lehnte auch noch der Verfassungsrat die Subventionierung der 35-Stunden-Woche durch einen dreisten Griff in die Sozialkassen als verfassungswidrig ab.

■ Bei seiner Fernsehansprache zum 14. Juli 2001 hatte Präsident Chirac ein Thema angesprochen, das seitdem an erster Stelle der innenpolitischen Diskussion steht, die innere Sicherheit. Er hatte der Regierung vorgeworfen, die innere Sicherheit zu vernachlässigen und damit der vornehmsten Aufgabe eines Staates nicht nachzukommen, nämlich seine Bürger zu schützen.

setz zur Modernisierung der sozialen Beziehungen“, das vor allem ein Zugeständnis an die Kommunisten in der Regierung Jospin war. Letztlich sollte es die ohnehin schon kaum mögliche Entlassung von Mitarbeitern eines Unternehmens weiter erschweren.

Hauptthema innere Sicherheit

Bei seiner Fernsehansprache zum 14. Juli 2001 hatte Präsident Chirac ein Thema angesprochen, das seitdem an erster Stelle der innenpolitischen Diskussion steht, die innere Sicherheit. Er hatte der Regierung vorgeworfen, die innere Sicherheit zu vernachlässigen und damit der vornehmsten Aufgabe eines Staates nicht nachzukommen, nämlich seine Bürger zu schützen. Damit traf Präsident Chirac den Nerv der Bevölkerung, die sich vor allem in der Banlieue der großen Städte und in den sogenannten *quartiers sensibles* einer wachsenden Kriminalität ausgesetzt sieht. Dabei spielt sicher auch eine Rolle, dass es die französische Politik zuließ oder sogar förderte, dass im Umkreis der großen Städte zunehmend Ghettos ethnischer und/oder sozialer Randgruppen entstanden, die nicht oder nur wenig in die französische Gesellschaft integriert sind. Hinzu kommt eine Jugendarbeitslosigkeit von über 20 Prozent, die ebenfalls den Nährboden für vielfältige Formen der Kriminalität bildet. Zur Veranschaulichung des Problems nur ein Beispiel: In der Nacht vom 13. auf den 14. Juli 2001 wurden im Großraum Paris zur „Feier“ des Nationalfeiertages 84 Autos angezündet, im Raum Straßburg 27. Auch an Silvester 2001 konnte die Polizei solche Vorkommnisse nicht verhindern.

Manche Bürgermeister französischer Städte und Gemeinden, vor allem aus dem bürgerlichen Lager, versuchen, des Problems Herr zu werden, indem sie nach dem Vorbild des Bürgermeisters von New York, Giuliani, das Motto *tolérance zéro* ausgeben. Dabei sind sie allerdings auf die Unterstützung der Polizei und der Gerichte angewiesen. Eine weitere Maßnahme ist die Ausgangssperre für Jugendliche bis zu einem gewissen Alter. Werden sie nach 22.00 Uhr von der Polizei auf der Straße aufgegriffen, bringt sie die Polizei nach Hause und erinnert die Eltern an ihre Aufsichtspflicht.

Das Thema innere Sicherheit hatte zunehmend die Themen Arbeitslosigkeit und Wirtschaftswachstum

in der Prioritätenkala der Bevölkerung überflügelt. Vor dem Hintergrund der Attentate in den USA hatte es zusätzlich an Brisanz gewonnen und spielte nun auch während des Wahlkampfes eine herausragende Rolle. Traditionell wird dabei den bürgerlichen Parteien eine größere Kompetenz eingeräumt, während sich die linken Parteien eher in einer Defensivposition befinden.

Kandidatur Chevènements: Kopfzerbrechen für Jospin

Größtes Kopfzerbrechen bereitete Premierminister Jospin vermutlich die Kandidatur von Jean-Pierre Chevènement. Seit er seine Kandidatur erklärt hatte, legte er in den Umfragen kontinuierlich zu. Während mehrerer Wochen besaß er die besten Chancen zum *troisième homme*, d.h. zu einer Alternative für Wähler zu werden, die von Chirac wie Jospin gleichermaßen enttäuscht waren. Viele Franzosen schätzen an ihm seine Gerdlinigkeit. Allerdings sind seine Ansichten zur Wirtschaftspolitik, zur Globalisierung und auch zur Dezentralisierung innerhalb Frankreichs völlig abwegig und veraltet. Seine euroskeptische bis anti-europäische Haltung ist notorisch. Er erreicht damit aber sowohl im linken als auch im bürgerlichen Lager noch eine beachtliche Wählerschaft. Wohl bestand kaum die Gefahr, dass Chevènement Jospin im ersten Wahlgang überflügeln könnte. Doch war man im Lager Jospins besorgt, weil er Jospin so viele Stimmen kosten könnte, dass das Ergebnis einer psychologischen Niederlage gleichkommen würde.

■ Größtes Kopfzerbrechen bereitete Premierminister Jospin vermutlich die Kandidatur von Jean-Pierre Chevènement. Seit er seine Kandidatur erklärt hatte, legte er in den Umfragen kontinuierlich zu.

Sonstige Kandidaten

Robert Hue, Generalsekretär der Kommunistischen Partei Frankreichs, kann und konnte sich der Mitgliedschaft der eigenen Kommunistischen Partei nicht mehr sicher sein. Ihm wird angelastet, dass der PCF bei jeder Wahl weiter Stimmen verliert und mittlerweile deutlich von der extremen Linken überflügelt wird. Der PCF zahlt damit den Preis der Beteiligung an der Regierung, die ihm kaum die Möglichkeit gibt, eigenes Profil zu zeigen.

Die Grünen hatten ihren Kandidaten auf einem Parteitag gekürt. Dabei gewann Alain Lipietz knapp gegen den an sich wesentlich populäreren Noël Mamère. Als die Parteführung dann merkte, dass der gewählte Kandidat in den Umfragen kaum vorankam,

■ Den Kandidaten der extremen Linken und der extremen Rechten räumte niemand eine Chance ein. Jean-Marie Le Pen schien durch die Abspaltung von Bruno Megrèt geschwächt. Arlette Laguiller, die schon zum fünften Mal bei Präsidentenwahlen kandidierte, fanden viele Franzosen wohl sympathisch, sie konnte aber nicht ernst genommen werden.

wurde er systematisch so lange traktiert, bis er entnervt aufgab. Auf einem neuerlichen Parteitag wurde dann Lipietz wieder entthront und der ursprünglich abgelehnte Kandidat Mamère gekürt. All dies beförderete natürlich nicht die Chancen des grünen Kandidaten bei den Präsidentenwahlen.

Den Kandidaten der extremen Linken und der extremen Rechten räumte niemand eine Chance ein. Jean-Marie Le Pen schien durch die Abspaltung von Bruno Megrèt geschwächt. Arlette Laguiller, die schon zum fünften Mal bei Präsidentenwahlen kandidierte, fanden viele Franzosen wohl sympathisch, sie konnte aber nicht ernst genommen werden. Auch Olivier Besancenot gewann nur durch sein Auftreten, aber nicht durch seine völlig abstruse politische Botschaft Sympathie.

■ Offenes Rennen

Je näher das Datum der Präsidentenwahlen heranrückte, um so offener war die Frage, wer der nächste französische Präsident sein würde. Die letzten Umfrageergebnisse vor den Wahlen ließen folgende Tendenzen erkennen:

- *Jacques Chirac lag knapp über 20 Prozent.* Er hatte die Werte von rund 24 Prozent, die er noch Anfang April erzielt hatte, nicht halten können. Hierzu hatte sicher auch beigetragen, dass die große Zahl der nun offiziell zugelassenen Kandidaten den Favoriten einige Prozentpunkte kosteten. In seiner Wahlkampagne hat er in den letzten Wochen vor der Wahl keine Schwächen gezeigt. Innere Sicherheit, Beschäftigung und Steuerpolitik bzw. Wirtschaftspolitik blieben seine Hauptthemen. Gleichwohl war ein Wert von knapp über 20 Prozent für den Amtsinhaber enttäuschend. Er zeugte nicht von großem Enthusiasmus in der Wählerschaft für eine zweite Amtszeit von Jacques Chirac.
- *Lionel Jospin war deutlich unter die 20-Prozent-Schwelle gefallen.* Ein solches Ergebnis bedeutete für Jospin eine gravierende psychologische Schlappe. Das Lager von Jospin zeigte denn auch in den Tagen vor dem ersten Wahlgang deutliche Zeichen von Nervosität. Während man einige Wochen zuvor noch die Euphorie über einen vermeintlich schon fast sicheren Sieg dämpfen musste, wurde nun fieberhaft daran gearbeitet, der Wahlkampa-

gne von Jospin neuen Schwung zu verleihen. Ein wesentlicher Fehler der Kampagne von Jospin war es wohl, dass er schon vor dem ersten Wahlgang eine Strategie für den zweiten Wahlgang einschlug, die auf das gesamte linke Lager und das Zentrum abzielte und damit die eigenen Anhänger offenbar enttäuschte. Zu Beginn seiner Kampagne hatte er gar erklärt, sein Programm sei kein sozialistisches Programm. Eingeschworene Links-Wähler waren infolgedessen offenbar zu Arlette Laguiller übergelaufen.

- Der Zuspruch, welchen die extremen Linken, insbesondere aber Arlette Laguiller erhielten, war eine der Besonderheit des Wahlkampfes. Dies hat zum Teil mit Fehlern der Sozialisten und Kommunisten zu tun, dürfte aber auch Ausdruck einer generellen Proteststimmung gewesen sein, welche in der französischen Wählerschaft verbreitet war. Insgesamt war und ist es indes bestürzend, dass die Kandidatin einer trotzkistischen Kaderpartei, deren Programmpunkte vor allem den Kampf gegen die bürgerliche Gesellschaft, freie Marktwirtschaft, freies Unternehmertum und Globalisierung beinhalten, rund zehn Prozent der Umfragewerte erzielte.
- Kommunisten und extreme Linke zusammen lagen bei 16 bis 18 Prozent. In manchem Land des ehemaligen Ostblocks gibt es heutzutage weniger kommunistische Wähler.
- *Robert Hue* von der Kommunistischen Partei schien nicht über fünf bis sechs Prozent hinauszukommen. Für ihn wie für seine Partei eine herbe Enttäuschung, so dass eine interne Abrechnung und anschließende Radikalisierung des PCF drohen.
- *Jean-Marie Le Pen* war mit zwölf bis 13 Prozent zum troisième homme des Wahlkampfes geworden. Anfang des Jahres hatte noch Jean-Pierre Chevènement in den Umfragen diese Position inne, später Arlette Laguiller. Die Auseinandersetzung darum, ob Le Pen die 500 Unterschriften zur Unterstützung seiner Kandidatur würde sammeln können, hatte ihm offenbar genützt. Nahm man noch die Wahlabsichten für Bruno Mégret hinzu, der in den letzten Tagen vor der Wahl deutlich angestiegen waren, so lag die extreme Rechte nahezu genau wieder bei dem Wert, den Le Pen im Präsidentenwahlkampf 1995 erreicht hatte (15 Prozent).

- Rund ein Drittel der französischen Wähler beabsichtigte somit, im ersten Wahlgang der Präsidentenwahlen ihre Stimme einem Kandidaten der extremen Linken, der Kommunisten oder der extremen Rechten zu geben.
- Die anderen Kandidaten aus dem linken Lager durften von ihren Aussichten eher enttäuscht gewesen sein. Nach glänzendem Start hatte Jean-Pierre Chevènement nahezu die Hälfte seiner früheren Prozentwerte eingebüßt. Noël Mamère, der Kandidat der Grünen, kam nicht über fünf bis sechs Prozent hinaus.
- Aber auch die „kleinen“ Kandidaten aus dem bürgerlichen Lager sahen ihre Erwartungen mehr als enttäuscht. Bayrou, der mit einem Ergebnis von neun bis zehn Prozent gerechnet hatte, lag in den Umfragen bei vier bis fünf Prozent mit allerdings leicht ansteigender Tendenz. Eine Ohrfeige, die er in Straßburg einem jugendlichen Taschendieb gab, hatte ihm Medienaufmerksamkeit und offenkundig auch neue Anhänger eingebracht. Madelin dümpelte bei drei bis fünf Prozent. Sein Ziel, zumindest Bayrou zu übertreffen, schien unerreichbar.

Noch schwieriger war es, ausgehend von den Wahlabsichten für den ersten Wahlgang, Hinweise auf das voraussichtliche Ergebnis des zweiten Wahlgangs abzuleiten. In den Umfragen lief alles auf ein Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen Chirac und Jospin hinaus.

- Die Mobilisierung der Wähler würde beim zweiten Wahlgang gewiss etwas größer sein als beim ersten. Ein Drittel Enthaltungen, das für den ersten Wahlgang erwartet wurde, würde ein äußerst wichtiges Wählerreservoir für beide Kandidaten sein.
- Darüber hinaus würden sie natürlich bemüht sein, die Stimmen der ausgeschiedenen Kandidaten ihres jeweiligen politischen Lagers zu gewinnen.
- Lionel Jospin sollte fest auf die Stimmen von Robert Hue und Christiane Taubira zählen können. Noël Mamère hatte während des Wahlkampfes wegen der Haltung Jospins zur Nuklearenergie zwar gedroht, die Grünen könnten Jospin auch ihre Unterstützung versagen, letztlich sollte es dazu aber nicht kommen. Arlette Laguiller hatte angekündigt, ihren Wählern für den zweiten Wahlgang Enthaltung zu empfehlen. Die Wähler Jean-Pierre Chevènements würden wohl nicht einhellig für

■ In den Umfragen lief alles auf ein Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen Chirac und Jospin hinaus.

- Jospin stimmen, selbst wenn Chevènement dies empfehlen sollte.
- Jacques Chirac konnte fest auf die Wähler von Christine Boutin, Corinne Lepage und Alain Madelin zählen. Auch der Großteil der Wähler von Jean Saint-Josse sollte im zweiten Wahlgang für Chirac stimmen. Ein Teil der Wähler von François Bayrou würde sich wohl eher enthalten als Chirac seine Stimme zu geben. Schließlich würden auch einige Wähler Jean-Pierre Chevènement für Chirac stimmen.

■ Politisches Erdbeben

Aber es kam ganz anders, als erwartet! „Le séisme“, das Erbeben, (*Le Figaro*), „cataclysme politique“, politische Sintflut (*Le Monde*), „le choc“ (*Le Parisien*), „Non“ (*Libération*), „Non!“ (*l'Humanité*). So die Überschriften der Titelseiten einiger der großen französischen Tageszeitungen am Tag nach der ersten Runde der Präsidentenwahlen.

Zwar hatte sich in den Tagen kurz vor dem ersten Wahlgang angedeutet, dass Jacques Chirac im ersten Wahlgang nur knapp 20 Prozent erzielen würde, dass Lionel Jospin in den Umfragen stetig an Terrain verlor und dass Jean-Marie Le Pen bei rund zwölf bis 13 Prozent lag, mit leicht steigender Tendenz. Dass aber Le Pen am Wahlabend vor Jospin liegen würde, damit hatte offenbar niemand gerechnet. Mit Ausnahme von Le Pen selbst, der in den letzten Tagen vor der Wahl immer wieder betonte, Frankreich solle sich auf eine Überraschung gefasst machen.

Diese Überraschung ist eingetreten. Jacques Chirac und Jean-Marie Le Pen standen sich im zweiten Wahlgang der Präsidentenwahlen gegenüber. Frankreich befand und befindet sich noch immer unter einem Schock, ein politisches Erbeben hatte sich ereignet, dessen weitreichende Konsequenzen noch kaum zu ermessen sind.

■ Die Überraschung ist eingetreten. Jacques Chirac und Jean-Marie Le Pen standen sich im zweiten Wahlgang der Präsidentenwahlen gegenüber. Frankreich befand und befindet sich noch immer unter einem Schock, ein politisches Erbeben hatte sich ereignet, dessen weitreichende Konsequenzen noch kaum zu ermessen sind.

I Erster Wahlgang der Präsidentenwahlen am 21. April 2002

Jacques Chirac	19,88
Jean-Marie Le Pen, FN	16,86
Lionel Jospin, PS	16,18
François Bayrou, UDF	6,84
Arlette Laguiller, LO	5,72
Jean-Pierre Chevènement, MDC	5,33
Noël Mamère, Verts	5,25
Olivier Besancenot, LCR	4,25
Jean Saint-Josse, CNPT	4,23
Alain Madelin, DL	3,91
Robert Hue, PCF	3,37
Bruno Mégret, MNR	2,34
Christiane Taubira, PRG	2,32
Corinne Lepage	1,88
Christine Boutin, UDF	1,19
Daniel Gluckstein, PT	0,47

Quelle: Ministère de l'Intérieur.

Erklärungsversuche

Natürlich suchte man in Frankreich nach den Ursachen dieses Erdbebens. Die Wahlbeteiligung betrug lediglich 71,6 Prozent und lag damit auf dem niedrigsten Niveau bei Präsidentenwahlen in der V. Republik (bei den letzten Präsidentenwahlen im Jahr 1995 betrug sie 78,4 Prozent). Zur Erklärung des Wahlergebnisses reicht die geringe Wahlbeteiligung indes nicht aus.

Das Ergebnis für Le Pen ist wohl vor allem als Protestwahl zu interpretieren. Viele Franzosen hatten genug von fünf Jahren Kohabitation, in denen sich politisch und wirtschaftlich nichts bewegt hat. Sie hatten genug von der wachsenden Unsicherheit und zunehmenden Kriminalität, von der Ghettoisierung in den Banlieues der großen Städte, von einer Bürokratie, die den Klein- und Mittelunternehmern das Leben schwer macht, von einer der höchsten Steuer- und Abgabenlasten in Europa. Und sie hatten genug von einer politischen Klasse, die sich – ob links oder rechts – immer weniger in der Lage zeigt, die Alltagssorgen der Bevölkerung ernst zu nehmen und auf sie zu reagieren. Allzu oft verbietet es allein schon die *political correctness*, dass die Politiker diese Sorgen auch nur verbal aufnehmen.

Dieses Protestwählerpotenzial beträgt auf der extremen Rechten 19,20 Prozent (Le Pen und Mégret), auf der extremen Linken 10,44 Prozent (Laguiller, Be-

sancenot, Gluckstein), und gar 13,81 Prozent, wenn man Hue hinzählt. Insgesamt hatten somit 30 bis 33 Prozent der Wähler Kandidaten der extremen Linken und extremen Rechten ihre Stimme gegeben.

Das Wahlergebnis hat sicher auch damit etwas zu tun, dass das politische System in Frankreich an seine Grenzen gestoßen ist. Vor allem die Zentralisierung des politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens wird den aktuellen Erfordernissen nicht mehr gerecht. Die politische Klasse kapselt sich von der Realität der „Normalbürger“ ab (vom Autismus der politischen Klasse ist die Rede) und verliert den Bezug zu den Bürgern vor Ort. Der zentralistische Staatsaufbau verhindert, dass lokale Probleme auch lokal gelöst werden können. Schwerfällige und realitätsferne Entscheidungsprozesse sind die Regel.

Große Teile der französischen Gesellschaft sind darüber hinaus durch die internationale Entwicklung verunsichert. Globalisierung sowie die veränderte Rolle Frankreichs in Europa und der Welt insgesamt werden vorwiegend als Bedrohung empfunden. In diesem Empfinden werden die Bürger von der Politik zusätzlich bestärkt. Globalisierung wird nicht als Chance, sondern nur als Gefahr wahrgenommen. Auf Veränderungen des internationalen Umfelds reagiert man defensiv, es wird nicht versucht, sie zu gestalten.

Das Ergebnis der ersten Runde der Präsidentenwahlen war auch eine Ohrfeige für die beiden Kandidaten Chirac und Jospin. Der Amtsinhaber bei knapp unter 20 Prozent, der seit fünf Jahren amtierende Premierminister bei nur 16 Prozent. Beide Resultate belegen den äußerst geringen Enthusiasmus der Wähler für die beiden Hauptkandidaten. Bei Chirac dürften die zahlreichen vermeintlichen und tatsächlichen Affären wohl doch eine Rolle gespielt haben. Bei Jospin seine oft hölzerne Art und ein völlig misslungener Wahlkampf. Den hatte Jospin, wie schon erwähnt, mit der Bemerkung eröffnet, er habe kein sozialistisches Programm. Nach vielen Windungen und Strategieänderungen während des Wahlkampfes beschloss Jospin die letzte Wahlkampfveranstaltung vor dem ersten Wahlgang mit einer flammenden Rede, die sozialistischer kaum hätte sein können. Seine Wählerschaft ist ihm bei diesem Hin und Her nicht gefolgt.

Teils hat sich die Wählerschaft überhaupt nicht zu den Urnen bemüht (s.o.), teils hat sie sich bei anderen

■ Das Ergebnis der ersten Runde der Präsidentenwahlen war auch eine Ohrfeige für die beiden Kandidaten Chirac und Jospin. Der Amtsinhaber bei knapp unter 20 Prozent, der seit fünf Jahren amtierende Premierminister bei nur 16 Prozent. Beide Resultate belegen den äußerst geringen Enthusiasmus der Wähler für die beiden Hauptkandidaten.

linken Kandidaten bedient. Ein Teil der traditionellen Wählerschaft Jospins hat aber auch Le Pen gewählt. Analysen zumindest zeigen, dass Le Pen mehr Wähler unter den Arbeitern gewonnen hat als Jospin. Auffällig viele Stimmen erhielt Le Pen auch in den ehemaligen kommunistischen Hochburgen im Nordosten (Calais, Umgebung von Lille). Aber auch im Elsass und in Lothringen konnte er überdurchschnittliche Ergebnisse erzielen. Traditionell stark ist der FN außerdem im Südosten Frankreichs (Vaucluse, Marseille, Var, Alpes Maritimes).

Gewiss hat auch die Vielzahl der Kandidaten dazu beigetragen, dass Chirac und Jospin ein derart schlechtes Ergebnis erzielten. Jospin hatte vier Mitbewerber aus dem eigenen Lager (Chevènement, Mamère, Hue, Taubira), die meist in ihm ihren Hauptwidersacher sahen. Von Balkanisierung des linken Lagers war die Rede. Auch Chirac hatte, je nach Zählweise, vier bis fünf Mitbewerber aus dem eigenen Lager (Bayrou, Saint-Josse, Madelin, Lepage, Boutin). Vor allem Bayrou führte seinen Wahlkampf zeitweise, als ob es um ein Duell Chirac/Bayrou ginge. Jospin wie Chirac haben dieser Erosion praktisch tatenlos zugesehen.

Hervorzuheben ist des Weiteren das überaus schwache Abschneiden des kommunistischen Kandidaten Robert Hue. Er wurde gar von zwei linksextremen Kandidaten überflügelt. Auch Alain Madelin hatte ein besseres Ergebnis erhofft. Dagegen konnte Bayrou in den letzten Tagen wohl noch zulegen. Er sieht sich als dritter Mann unter den republikanischen Kräften. Zu Beginn des Wahlkampfes hatte aber auch er noch mit neun bis zehn Prozent gerechnet. Im Vergleich mit diesen Erwartungen sind seine knapp sieben Prozent eher enttäuschend.

■ Referendum für die Werte der Republik

■ Im zweiten Wahlgang errang Jacques Chirac mit 82,06 Prozent einen – äußerlich betrachtet – triumphalen Wahlerfolg. Jean-Marie Le Pen erlitt mit 17,94 Prozent eine klare Niederlage. Damit wurde Chirac für weitere fünf Jahre zum Präsidenten der Republik gewählt.

Im zweiten Wahlgang errang Jacques Chirac mit 82,06 Prozent einen – äußerlich betrachtet – triumphalen Wahlerfolg. Jean-Marie Le Pen erlitt mit 17,94 Prozent eine klare Niederlage. Damit wurde Chirac für weitere fünf Jahre zum Präsidenten der Republik gewählt. Nie zuvor wurde ein französischer Präsident mit einer derart hohen Wählerzustimmung ins Amt getragen. Nach dem politischen Erdbeben des ersten

Wahlgangs fand diese zweite Runde allerdings unter außergewöhnlichen Bedingungen statt.

Nahezu das gesamte Spektrum der politischen Parteien hatte während der beiden Wochen zwischen dem ersten und zweiten Wahlgang dazu aufgerufen, dem Rechtsextremismus eine Absage zu erteilen. Politiker der Sozialistischen Partei, der Kommunisten, der Grünen und anderer linker Gruppierungen bekannten sich dazu, wenn auch „zähneknirschend“, Chirac wählen zu wollen. Künstler, Intellektuelle und Vertreter der Wirtschaft und der Gewerkschaften und sogar Fußballspieler schlossen sich an. Selbst die Kirchen und Religionsgemeinschaften gaben ihre ansonsten apolitische Haltung auf und empfahlen die Stimmabgabe für Chirac. Die Linke hält sich zugute, ihre Wähler und Sympathisanten in größerem Maße mobilisiert zu haben, als das die bürgerliche Rechte getan habe. Vor allem die zahlreichen Demonstrationen in vielen Städten Frankreichs waren vorwiegend von der Linken getragen.

Für Jean-Marie Le Pen bedeutet das Wahlergebnis eine herbe Niederlage, zumindest wenn man es an seinen Erwartungen misst. Eine Überraschung hatte er angekündigt, später zumindest 30 Prozent als Zielwert genannt. Mit dem Ergebnis der zweiten Wahlrunde ist er prozentual auch noch klar hinter den 19,2 Prozent der ersten Runde (für ihn und Bruno Megrèt) zurückgeblieben. Heftig beklagte sich Le Pen deshalb am Wahlabend auch über die „sowjetischen Methoden“ während des Wahlkampfes. Presse, Rundfunk und Fernsehen hätten gegen ihn eine Kampagne betrieben, ebenso wie Unternehmer, Gewerkschaften und Intellektuelle. Allerdings sollte nicht übersehen werden, dass Le Pen sein Wahlergebnis von knapp 18 Prozent bei einer um rund zehn Prozent höheren Wahlbeteiligung (80,74 gegenüber 71,4 Prozent) erreichen konnte. 5,54 Millionen Franzosen gaben Le Pen im zweiten Wahlgang ihre Stimme. Er konnte damit nur um 50 000 Stimmen gegenüber dem ersten Wahlgang zulegen (die Stimmen für Megrèt eingerechnet).

Die Wiederwahl Chiracs (durch 25,08 Millionen Wähler) kommt einem Referendum für Republik und Demokratie und gegen die Rechtsextremisten gleich. Entsprechend sehen sich die linken Parteien mindestens in gleicher Weise als Sieger dieses Wahltages wie die bürgerlichen Parteien. Mitunter reklamieren sie gar

■ Nahezu das gesamte Spektrum der politischen Parteien hatte während der beiden Wochen zwischen dem ersten und zweiten Wahlgang dazu aufgerufen, dem Rechtsextremismus eine Absage zu erteilen. Politiker der Sozialistischen Partei, der Kommunisten, der Grünen und anderer linker Gruppierungen bekannten sich dazu, wenn auch „zähneknirschend“, Chirac wählen zu wollen.

den größeren Teil des Ergebnisses für sich, denn sie behaupten, wie gesagt, ihre Wählerschaft stärker mobilisiert zu haben.

■ Eingeschränkte Legitimität?

Im Kern ging es schon am Wahlabend um die Frage der Legitimität des Wahlsieges von Jacques Chirac. Die linken Politiker würden Chirac nun am liebsten in der Rolle eines überparteilichen Präsidenten sehen, der, weil von allen (republikanischen) Parteien gewählt auch allen (republikanischen) politischen Lagern verpflichtet, vorwiegend repräsentative Aufgaben erfüllt und seine eigene politische Orientierung zurückstellt.

Bereits am Wahlabend erteilte Jacques Chirac diesem Ansinnen indes eine klare Absage. Er triumphierte nicht, sondern gab sich staatsmännisch und versöhnend. Frankreich habe eine sehr schwierige Phase durchlebt. Durch eine große Anstrengung habe Frankreich bekräftigt, dass es fest zu den Werten der Republik stehe. Besonders dankte er all jenen Wählern, die ihn gewählt hatten, obwohl sie andere persönliche und politische Präferenzen gehabt hätten. Ihr Vertrauen werde er erwidern mit seinem Engagement, mit seiner Entschlossenheit und dem Geist der Eintracht und des Dienstes für alle.

Jacques Chirac hob allerdings auch hervor, dass er seinen Wahlsieg auch als Verpflichtung für einen Wandel in der Politik betrachte. Dabei wiederholte er die Kernpunkte seines politischen Programms. An erster Stelle steht dabei die Bekämpfung der Kriminalität. Die Verringerung der Unsicherheit im Inneren sei zukünftig die erste Priorität des Staates. Ferner nannte er Steuererleichterungen, die noch für die Einkommensteuer des Jahres 2001 wirksam werden sollen. Schließlich erwähnte er die Reform des Rentenversicherungssystems.

■ Neue Regierung

Der neugewählte Präsident kündigte an, dass er eine Regierungsmission ernennen werde, deren Aufgabe es sein werde, einen Politikwandel herbeizuführen und die Sorgen der Franzosen ernst zu nehmen. Die erste und wichtigste Maßnahme dieser neuen Regierung werde darin bestehen, die staatliche Autorität wieder herzustellen und Frankreich wieder auf den

■ Bereits am Wahlabend triumphierte Jacques Chirac nicht, sondern gab sich staatsmännisch und versöhnend. Frankreich habe eine sehr schwierige Phase durchlebt. Durch eine große Anstrengung habe Frankreich bekräftigt, dass es fest zu den Werten der Republik stehe.

Weg des wirtschaftlichen Wachstums und der Beschäftigung zu führen.

■ Parlamentswahlen im Juni

Am Montag nach der zweiten Wahlrunde reichte Premierminister Lionel Jospin seine Demission ein, wie er es bereits am Abend des ersten Wahltages angekündigt hatte. Wenige Stunden darauf ernannte Jacques Chirac Jean-Pierre Raffarin zum neuen Premierminister. Er ist Senator und Präsident der Region Poitou-Charentes und gehört der Partei Démocratie Libérale an. In der Regierung Juppé war er Minister für klein- und mittelständische Unternehmen, Handel und Handwerk. Sein neues Kabinett wurde am 7. Mai ernannt. Diese neue Regierung ist zunächst nur eine Übergangsregierung. Sie ist jedoch gewissermaßen das Angebot von Jacques Chirac an die französischen Wähler für die Parlamentswahlen am 9. und 16. Juni.

Der Wahlsieg von Jacques Chirac lässt den Ausgang dieser Parlamentswahlen ungewisser erscheinen denn je. Die linken Parteien haben durch das erfolgreiche „Anti-Le-Pen-Referendum“ wieder Auftrieb gewonnen. Sie bezweifeln die Berechtigung des neuen Präsidenten, nun einen Wahlkampf für eine bürgerliche Parlamentsmehrheit führen zu dürfen. Genau dies hat Jacques Chirac allerdings am Abend seines Wahlsieges angekündigt.

Andererseits ist offen, ob es dem linken Parteien-Spektrum gelingt, die internen Spannungen und Streitigkeiten bis zur Parlamentswahl zu überwinden. Die Kommunisten wurden bei den Präsidentenwahlen gedemütigt. Chevènement hat Jospin den Einzug in die zweite Runde und einen möglichen Sieg gekostet. Die Grünen verlangen aufgrund ihres guten Abschneidens mehr Gewicht in der Parteienallianz. Auch die Führungsfrage dieser Allianz ist noch völlig ungeklärt. Zwar führt François Hollande, der Generalsekretär des PS, den Wahlkampf der Partei. Völlig offen ist indes, wer der künftige Premierminister sein soll. Martine Aubry, Dominique Strauss-Kahn und Laurent Fabius werden gewiss nicht kampflos das Feld räumen.

Aber auch die bürgerlichen Parteien haben das Problem der Geschlossenheit keineswegs gelöst. Aus der Union en Mouvement (UEM) wurde kurz nach dem ersten Wahlgang die Union pour la Majorité Présidentielle (UMP). Ihr unumstrittener Führer ist Alain

■ Der Wahlsieg von Jacques Chirac lässt den Ausgang der Parlamentswahlen ungewisser erscheinen denn je. Die linken Parteien haben durch das erfolgreiche „Anti-Le-Pen-Referendum“ wieder Auftrieb gewonnen. Sie bezweifeln die Berechtigung des neuen Präsidenten, nun einen Wahlkampf für eine bürgerliche Parlamentsmehrheit führen zu dürfen.

Juppé. In den nächsten Tagen wird sich entscheiden, ob es gelingt, die Mehrheit der Abgeordneten von RPR, UDF und DL unter diesem Dach zu vereinen. Wie nicht anders zu erwarten, haben François Bayrou und Alain Madelin bereits ihren Widerstand angekündigt. Sie bestehen darauf, dass auch die *sensibilités* von UDF und DL ihren eigenen Platz in der neuen Gruppierung behalten. Die Basis unter den Abgeordneten wird für beide aber immer schmäler. Alain Madelin hat unter den Abgeordneten für seinen Sonderweg praktisch keine Unterstützung mehr. François Bayrou kann vermutlich noch auf rund 30 Abgeordnete zählen. Auf einen Wahlsieg bei den Parlamentswahlen können die bürgerlichen Parteien indes nur hoffen, wenn sie geeint ins Rennen gehen. Denn noch stärker als bei den Wählern der linken Parteien erwarten die Wähler der bürgerlichen Parteien Geschlossenheit.

Ein Wahlsieg bei den bevorstehenden Parlamentswahlen ist aus einem weiteren Grund ungleich schwieriger geworden. Denn das gute Resultat für Le Pen bei den Präsidentenwahlen lässt erwarten, dass der Front National auch bei den Parlamentswahlen gut abschneiden wird. Besonders gefährlich für die bürgerlichen Parteien sind dabei die sogenannten *triangulaires*. Dabei nehmen drei Kandidaten am zweiten Wahlgang teil. Wir erinnern uns: Nach französischem Wahlgesetz gelangt bei den Parlamentswahlen in den zweiten Wahlgang, wer im ersten Wahlgang mehr als 12,5 Prozent der Stimmen erzielt. Dies war beispielsweise bei den Parlamentswahlen des Jahres 1997 in 76 Wahlkreisen der Fall. Je ein Kandidat der Linken, des bürgerlichen Lagers und des Front National gelangte in den zweiten Wahlgang. In 50 Wahlkreisen gewann der linke Kandidat. Die *triangulaires* kosteten im Jahr 1997 das bürgerliche Lager den Wahlsieg. Die Furcht ist groß, dass dies sich im Jahr 2002 wiederholen könnte.

Eine erneute Kohabitation, wieder für die Dauer von fünf Jahren, würde eine weitere Ära des politischen und wirtschaftlichen Stillstands für Frankreich bedeuten und damit das Potenzial von Wählern extremer Parteien weiter wachsen lassen.

Jacques Chirac hat zwar am 5. Mai einen triumphalen Wahlsieg errungen. Die politische Richtungsentcheidung in Frankreich fällt indes erst am 16. Juni.

■ Eine erneute Kohabitation würde eine weitere Ära des politischen und wirtschaftlichen Stillstands für Frankreich bedeuten und damit das Potenzial von Wählern extremer Parteien weiter wachsen lassen.

Das Manuskript wurde am 9. Mai 2002 abgeschlossen.